

*FDP-Fraktion zum Haushaltsplan 2015 in der Stadtverordnetenversammlung  
der Stadt Schwalbach am Taunus*

## Schon wieder eine defizitäre Haushaltsvorlage

Die Kämmerin/Bürgermeisterin hat uns im September den Haushaltsplan für 2015 mit einem Defizit von rund 2.5 Millionen Euro vorgelegt. Verglichen mit der Vorlage vom letzten Jahr mit einem Defizit von 4.4 Millionen ist das eine Entwicklung in die richtige Richtung, wenn auch die zu erstrebenden „schwarze Null“ noch nicht erreicht ist. Aber das, was in den Haushaltsberatungen passiert ist, ist aus finanztechnischer Sicht weniger erfreulich. Die Fassung, die uns heute vom HFA zur Beschlussfassung empfohlen wird, weist ein Defizit von 3.8 Millionen aus – kaum ein Ausdruck von Sparwillen.

Ich möchte daran erinnern, dass es kaum sechs Monate her ist, seitdem wir den Bericht (B17/ B68) über die vergleichende Prüfung vom Hessischen Rechnungshof erhielten. Kurz gesagt, hat dieser Bericht festgestellt: wenn wir so weiter machen, sind wir in 12 Jahren überschuldet und dies „würde die Handlungsspielräume der Stadt weiter einengen.“ Mit anderen Worten, wir wären pleite und müssten wesentliche Entscheidungen für die Stadt an die kommunale Aufsicht abgeben. Aus unsere Sicht ist es absolut notwendig, dass Schwalbach hier, in dieser Stadtverordnetenversammlung, selbst die Prioritäten setzt und dass wir nicht fremdbestimmt werden. Und deswegen müssen wir gemeinsam schauen, wie wir diese Defizite abbauen.

Dies könnte unsere letzte Chance überhaupt sein, uns selbst zu beweisen, dass es anders geht.

## Auswirkung des neuen kommunalen Finanzausgleiches

Schwalbach hat in den letzten Jahren Stück für Stück die Altschulden aus den 90er Jahren, als die Gewerbesteuererinnahmen weggebrochen waren, durch Steuerrückzahlungen aus dieser Zeit gerade abgebaut. Das ist und war ein besonderes Anliegen unserer Fraktion, aber daran haben alle mitgearbeitet und es ist gut so.

Und jetzt kommt die Landesregierung und will mit Ihrem neuen Kommunalen Finanzausgleich diese gemeinsamen Anstrengungen zunichtemachen. Es ist unbestritten, dass es vor allem in ländlichen Teilen Hessens kleine Gemeinden gibt, die wirklich finanzielle Probleme haben – zusammengelegte Gemeinden, die aus der Historie heraus beispielsweise fünf Meilenweit auseinander liegende Friedhöfe zu betreuen haben, kaum Gewerbeansiedlung haben und so weiter. Aber es kann nicht sein, dass dies alleine von ein paar Kommunen – im Wesentlichen aus dem Rhein-Main-Gebiet – ausgeglichen werden soll. Dies ist eine Landesaufgabe und kann nicht

dadurch gelöst werden, dass das Geld einfach unter den Kommunen ohne Landesbeteiligung umverteilt wird.

Außerdem berücksichtigt die Berechnung des Finanzministeriums nicht die höheren spezifischen Kosten im Rhein-Main-Gebiet, sei es die höheren Personal- und Grundstückskosten oder die höheren Infrastruktur- und Sozialausgaben, die in einem Ballungsraum zwangsläufig entstehen. Gerade in letztem Bereich befinden sich viele Ausgaben, die wirklich erforderlich sind, aber aus Sicht der Landesregierung als "freiwillige Leistungen" angesehen werden.

Ich möchte an diese Stelle ein paar Beispiele aus unserem Haushalt nennen, um darzustellen, was dieser Griff in die Schwalbacher Tasche wirklich bedeutet.

Nehmen wir die Schulkinderhäuser: Wir geben netto (abzüglich der Gebühreneinnahmen) 1.7 Millionen Euro für die außerschulische Kinderbetreuung aus. Dies ist gut angelegtes Geld und eine Leistung, auf die Schwalbach wirklich stolz sein kann. Diese Einrichtungen sind ein besonderes Anliegen der FDP-Fraktion. Schließlich ist die Idee dazu in einer Gesprächsrunde zwischen Alexander Immisch, Ulrike Scholtz und mir entstanden und anschließend zusammen mit der UL in der damaligen Koalition umgesetzt worden. Dass sie später von den anderen Fraktionen weiter ausgebaut wurde, zeigt die Einigkeit aller Fraktionen in der Einsicht, wie wichtig die Schulkinderhäuser für Schwalbach sind. Aber in den Berechnungen des Finanzministeriums werden sie als ‚freiwillige Leistungen‘ und somit nur als Teil einer 50%-igen Zuschlagspauschale abgetan.

Gerade diese und andere Leistungen, sei es die Unterstützung der Schwalbacher Vereine, die Jugendarbeit und vieles mehr stellt die Landesregierung mit ihrem Vorgehen in Frage.

Und noch eins. Die Landesregierung wurde zu dieser Änderung des kommunalen Finanzausgleiches veranlasst, weil festgestellt wurde, dass der bisherige Ausgleich verfassungswidrig war, da er nicht über den tatsächlichen Bedarf ermittelt wurde. Dieses Problem sehen wir in dem jetzigen Entwurf nicht behoben.

Im Gegenteil. Die Landesregierung verhält sich in anderen Aspekten der kommunalen Finanzen genauso verfassungswidrig wie vorher. Nur ein Beispiel: Wir haben 300.000 EUR im Finanzplan für den barrierefreien Ausbau von Bushaltestellen. Dies ist ein lobenswertes Vorhaben. Das Tempo wird allerdings vom Landesgesetz bestimmt und nicht von den verfügbaren Finanzmitteln in Schwalbach. Das Land hat anscheinend, einen anderen Teil der Hessischen Landesverfassung vergessen – nämlich diesen: „Führt die Übertragung neuer ... Aufgaben zu einer Mehrbelastung ... der Gemeinden ... ist ein entsprechender Ausgleich zu schaffen.“ (Art. 137 (5) Satz 2). In diesem Fall wird nur ein Teilausgleich geschaffen, und nur für diejenigen, die sich schnell melden. Wie gesagt: auch verfassungswidrig.

Interfraktionell haben wir uns auf eine Stellungnahme gegen die Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs verständigt, über die heute auch abgestimmt wird. Dies trägt die FDP-Fraktion selbstverständlich mit.

## **Investitionsprojekte**

Und jetzt zu einigen Projekten in Schwalbach.

Wir stehen jetzt vor größeren Investitionen. Von großer Bedeutung darunter sind das Feuerwehrgerätehaus und die Kindertagesstätte am Park. Wir begrüßen, dass die Bürgermeisterin Arbeitsgruppen für diese Projekte eingerichtet hat. Diese Arbeitsgruppen, in denen Verwaltung, Stadtverordnetenversammlung und spätere Betreiber

zusammenarbeiten, sorgen dafür, dass eine adäquate Verständigung aller Beteiligten von vorn herein geschaffen wird und böse Überraschungen im Projektverlauf möglichst vermieden werden. Die Zusammenarbeit ist bisher äußerst sachlich und konstruktiv verlaufen, und ich möchte an dieser Stelle allen Beteiligten dafür danken. Ich hoffe, dass diese Arbeitsgruppen während der Umsetzungsphase der Projekte weiter so arbeiten können, damit regelmäßige Kommunikation über Kosten- und Terminentwicklung erfolgen kann.

Die Arbeit dieser Arbeitsgruppen muss jedoch transparent für alle Stadtverordnete sein und deswegen soll (und wird) regelmäßig bzw. nach Bedarf über deren Arbeit in den Ausschüssen zu beraten sein. Es ist nicht meine Aufgabe als Einzelmitglied der Arbeitsgruppen, an dieser Stelle darüber zu berichten; trotzdem möchte ich ein paar Worte dazu sagen.

## **Feuerwehrgerätehaus**

Wir freuen uns, dass der Vorschlag meines Vorgängers, das bestehende Gerätehaus nach Süden auszubauen als ernsthafte Alternative in Erwägung gezogen wird. Aus unserer Sicht ist dies eine wesentlich zukunftsorientiertere Lösung zum Wohle der Feuerwehr und der Stadt als der Anbau in Richtung Hauptstraße. Dass andere es auch so sehen, zeigt der interfraktionelle Antrag A89, der den Magistrat beauftragt, mit dem Grundstückseigentümer zu sprechen.

Natürlich ist bei der Variantenauswahl momentan noch nichts entschieden, aber wir hoffen auf weitere Fortschritte bald im neuen Jahr.

## **Kita am Park**

In der Arbeitsgruppe für die Kita am Park haben wir hauptsächlich über das Raumprogramm gerungen, um alle Erfordernisse, auch zukunfts-orientiert, zu erfüllen aber auch, um unnötige Kosten zu vermeiden.

Auch bei diesem Projekt gehe ich davon aus, dass wir bald im neuen Jahr in den Ausschüssen über grundsätzliche Aspekte des Projektes werden beraten können.

## **Fahrradverleihsystem**

Wir lehnen das vorgeschlagene Fahrradverleihsystem aus finanziellen Gründen ab. In einer Situation, wo die Landesregierung uns auf jeden Fall Geld abziehen will, ein Projekt mit Folgekosten von 75.000 EUR im Jahr anzustoßen, das, wenn wir mit dem Streichen anfangen müssen, ganz oben auf der Liste stehen wird, macht keinen Sinn.

Allerdings wollen auch wir die CO<sub>2</sub>-arme Mobilität fördern und haben deswegen den Bau weiterer Fahrradboxen am Bahnhof vorgeschlagen.

## **Gewerbsteuerhebesatz**

Wir haben eine Senkung des Gewerbesteuer-Hebesatzes um 5 Punkte beantragt. Dies ist kein Widerspruch zu unserem Plädoyer für den Defizitabbau. Wir haben regelmäßig in den letzten Jahren für die Erfüllung diverse Versprechen erinnert, den Hebesatz zurück zu setzen auf 330, wo er vor dem Wegbrechen der Gewerbesteuererinnahmen in den 90er

Jahren stand. Die damalige Koalition, in der wir mit SPD und UL zusammengearbeiteten haben, hatte die Erhöhungen immer als vorübergehend deklariert. Wir auf jeden Fall haben „vorübergehend“ nicht so gemeint wie der Solidaritätszuschlag, der 1991 für fünf Jahre zur Finanzierung der deutschen Einheit eingeführt wurde, und dessen Verlängerung über dreißig Jahre hinaus jetzt diskutiert wird – oder gar der Schaumweinsteuer, die 1902 zur vorübergehenden Finanzierung der Reichsmarine eingeführt wurde und immer noch Jahr für Jahr erhoben wird.

Jetzt erzielen wir beim Haushalt Überschüsse, wenn nicht im Plan, dann schon im Ist-Ergebnis. Wann können wir dieses Versprechen besser einlösen als jetzt? In diesem Jahr haben wir unseren Vorschlag auf 5 Punkte beschränkt (schließlich macht das netto weniger als 200.000 EUR im Haushalt aus), in der Hoffnung, dieser Einstieg macht es den anderen Fraktionen leichter zuzustimmen, als alles auf einmal zu tun.

Denn dies soll ein Signal sein. Ein Signal dafür, dass wir unsere Versprechen einhalten wollen. Aber auch ein Signal des Dankes an die Schwalbacher Betriebe, denn ohne deren harte und erfolgreiche Arbeit hätten wir nicht das Geld, über dessen Verwendung wir heute Abend zu befinden haben.

SPD und UL haben damals die vorübergehende Natur der Hebesatzerhöhung mitgetragen. Die CDU hat im Wahlprospekt die Absenkung des Hebesatzes in Aussicht gestellt. Aber nach der HFA-Abstimmung scheint der adenauerische Respekt bzw. Mangel an Respekt vor früheren Zusagen auch Schwalbach erreicht zu haben.

Meine Damen und Herren, wir haben große Bedenken über den hohen Fehlbetrag dem Gesamthaushalt zustimmen, insbesondere beim Ergebnishaushalt. Wir uns deswegen vorbehalten, an dieser Stelle wie in früheren Jahren uns der Stimme zu enthalten.

Zum Schluss möchten wir uns über die sachliche und gute Zusammenarbeit in den Ausschüssen bei allen bedanken, sowohl bei den Mitgliedern der Ausschüsse, vor allem aber bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, an der Spitze den Amtsleiterinnen und Amtsleitern, sowie den Schriftführerinnen und Schriftführern in den Ausschüssen, und nicht zu vergessen Herrn Benner und seinem Team für die besondere Leistung – denn auch in diesem Jahr haben wir heute die aktuellen Zahlen für unsere Beschlussfassung wieder vorliegen. Dank auch an dem Magistrat, allen voran der Bürgermeisterin Frau Augsburg für die Zusammenarbeit im ablaufenden Jahr sowie bei den Haushalts-Beratungen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche allen ein frohes, gesegnetes Weihnachtsfest, alles Gute für 2015, vor allem aber beste Gesundheit.